

PROTOKOLL

über die 12. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am Mittwoch,
den 18.09.2019, Sitzungssaal des Stadthauses, Schürenkamp 16, 49324 Melle.

Sitzungsnummer: AFuW/013/2019
Öffentliche Sitzung: 18:10 Uhr bis 20:07 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Harald Kruse

stellv. Vorsitzender

Wilhelm Hunting

Mitglied CDU-Fraktion

Jan Lütkemeyer

Christian Terbeck

Christina Tiemann

Vertretung für Herrn Mirco Bredenförder

Mitglied SPD-Fraktion

Uwe Plaß

Luc Van de Walle

Mitglied B90/DIE GRÜNEN-Fraktion

Alfred Reehuis

Reinhardt Wüstehube

Mitglied UWG-Fraktion

Peter Spiekermann

Mitglied FDP-Fraktion

Heinrich Thöle

von der Verwaltung

Stadtrat Dirk Hensiek

StVOR Uwe Strakeljahn

StAR Hartwig Grobe

StAR Jürgen Detmer

ProtokollführerIn

StOI Marius Brockmeyer

Gäste

Gast/Gäste

Herr Illies (INTECON GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft)

Zuhörer

Zuhörer

Frau Milker
Frau Ruhl (Auszubildende)

Abwesend:

Mitglied CDU-Fraktion

Mirco Bredenförder

Tagesordnung:

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Einwohnerfragestunde
- TOP 3 Feststellung der Tagesordnung
- TOP 4 Genehmigung des Protokolls der 11. Sitzung vom 13.06.2019
- TOP 5 Bericht der Verwaltung
- TOP 6 Bericht des Beauftragten für Wirtschaftsförderung
- TOP 7 Geschäftsbericht der Solbad Melle GmbH für das Jahr 2018
Vorlage: 01/2019/0277
- TOP 8 Geschäftsbericht der Wohnungsbau Grönegau GmbH für das Jahr 2018
Vorlage: 01/2019/0279
- TOP 9 Bericht einer überörtlichen Prüfung Vergleichender Bericht - Bewirtschaftung von Schulbudgets
Vorlage: 01/2019/0275
- TOP 10 Projektcontrolling 2. Quartal 2019, Finanz- und Leistungscontrolling zum Stichtag 30.06.2019 - Gesamtberichte
Vorlage: 01/2019/0280
- TOP 11 Projektcontrolling 2. Quartal 2019 und unterjähriger Controllingbericht für den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft zum Stichtag 30.06.2019
Vorlage: 01/2019/0281
- TOP 12 Wünsche und Anregungen

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Die Sitzung wird durch den Vorsitzenden Herrn Kruse eröffnet. Er begrüßt alle anwesenden Ausschussmitglieder bzw. deren Vertreter, die Mitarbeiter der Verwaltung sowie Herrn Illies von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft INTECON, Frau Ruhl als Auszubildende der Stadt Melle und Frau Milker.

Herr Kruse stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2 Einwohnerfragestunde

Von den anwesenden Einwohnern werden keine Fragen gestellt.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird durch Herrn Kruse festgestellt.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls der 11. Sitzung vom 13.06.2019

Das Protokoll der 11. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 13.06.2019 wird einstimmig genehmigt.

TOP 5 Bericht der Verwaltung

Herr Strakeljahn berichtet über den aktuellen Sachstand zum Grundsteuergesetz. Hier sei es wenig beruhigend, dass aktuell durch Bund und Land mehrere Varianten diskutiert würden. Maßgeblich sei, dass noch innerhalb dieses Jahres eine Entscheidung durch den Bundesrat getroffen werde, damit die Ermächtigungsgrundlage zur Erhebung der Grundsteuern nicht weg falle. Sollte dies nicht bis zum 31.12.2019 geschehen, fehle die Grundlage zur Erhebung der aktuell in Höhe von 6,7 Mio. € geplanten Erträge aus den Grundsteuern A und B. Hinzu komme, dass voraussichtlich erst im Dezember Klarheit darüber bestehe, ob für das Jahr 2020 weiterhin mit den Erträgen geplant werden könne.

Zur aktuellen Ertragsentwicklung macht Herr Strakeljahn darauf aufmerksam, dass die aktuellen Prognosen einen plangerechten Verlauf der verschiedenen Steuer- und Umlageerträge zeigen. Gleichzeitig zeige sich jedoch hieran, dass keine neuen Spielräume durch Mehrerträge zum Jahresende zu erwarten sind. Gegenüber dem Vorjahr liege man in der Stichtagsbetrachtung vier Millionen Euro hinter dem Saldo aus Steuer- und Umlageerträgen bzw. -aufwendungen. Herr Kruse weist darauf hin, dass die Prognosen der Gewerbesteuererträge bei anderen Gemeinden sogar hinter den Planungen zurückbleiben. Herr Strakeljahn erläutert hierzu, dass es aktuell in Melle ebenfalls eine Vielzahl von Vorauszahlungsanpassungen mit der Tendenz zu niedrigeren Erträgen gebe. Zu den guten Ergebnissen der Vorjahre sei ebenfalls darauf hingewiesen, dass diese teilweise durch Steuerprüfungen des Finanzamtes geprägt waren. Herr Hensiek macht vor dem Hintergrund des aktuell durchgeführten unterjährigen Controllings darauf aufmerksam, dass die Aufwendungen sowie Auszahlungen jedoch voraussichtlich ebenfalls hinter den Planungen zurückbleiben.

Herr Strakeljahn berichtet aus der aktuell vorliegenden Genehmigung der Kommunalaufsicht des I. Nachtrages zu den Haushalten 2019 und 2020. Es werde deutlich darauf hingewiesen, dass die Ertragsentwicklung unter Beachtung der trendwendenden Faktoren in Zukunft realistisch einzuschätzen sei. Weiterhin sei die Investitionsverschuldung und das Investitionsprogramm unter Beachtung des Erhalts der dauernden Leistungsfähigkeit zu planen und ggf. Konsolidierungspotenziale für schlechtere Zeiten zu sichern, um ein ggf. notwendiges antizyklisches Verhalten zu ermöglichen. Grundsätzlich sollten die zukünftigen Planungen verstärkt den Grundsatz der Haushaltswahrheit beachten.

TOP 6 Bericht des Beauftragten für Wirtschaftsförderung

Herr Grobe berichtet über die aktuellen Entwicklungen in der Wirtschaftsförderung der Stadt Melle. Neue Ansiedlungen von Gewerbebetrieben blieben in jüngster Zeit aufgrund des Flächenmangels oft aus. Die Gewerbeentwicklung in Melle sei von familiärer Struktur geprägt. Daher sei es bei ggf. neu vorhandenen Flächen von höchster Priorität, auf die Wünsche bzw. Anforderungen von Bestandsunternehmen einzugehen sowie auf einen weiterhin ausgewogenen Branchenmix zu setzen. Geduld bei der Vermarktung von einzelnen Flächen zahle sich hierbei meist aus, wie die Vergangenheit in anderen Gewerbegebieten gezeigt habe. Grundsätzliches Ziel sei es zudem, eher auf kleine und viele unterschiedliche Unternehmen anstatt großflächige Einzelunternehmen, wie z.B. Logistiker, zu setzen. Weiterhin gewinnen ökologische Aspekte sowie der generelle Umweltschutz auch in der Wirtschaftsförderung eine zunehmende Bedeutung.

Aktuell werde daran gearbeitet, dass ehemalige Fachmarktzentrum an der Oldendorfer Straße wiederzubeleben. Hierzu werde ein Konzept entwickelt, welches die Ansiedlung von verschiedenen Dienstleistungen vorsieht, da Einzelhandel in diesem Bereich nicht zulässig und Industrie nicht geeignet sei. Für das geplante Gewerbegebiet südlich der Gesmolder Straße gebe es aktuell ca. zehn bis elf Bewerbungen.

Weitere Dauerthemen seien die ärztliche Versorgung insbesondere in den Stadtteilen sowie der Breitbandausbau. Letzteres werde jedoch federführend durch den Landkreis Osnabrück begleitet.

Es sei ausdrücklich zu begrüßen, dass der Dialog mit dem Meller Unternehmernetzwerk weiter ausgebaut werde, da ein gutes Miteinander von Politik, Verwaltung und Unternehmen in vielen Bereichen sehr hilfreich sein könne.

Herr Kruse äußert Sorgen aufgrund diverser Leerstände in Ladenlokalen der Innenstadt bzw. einer gefühlt unausgewogenen Branchenverteilung. Es sei auffällig, dass es immer weniger Familienbetriebe gebe. Die Innenstadt werde dadurch nicht attraktiver. Gleiches gelte für die Stadtteile. Herr Grobe berichtet hierzu, dass es für die Stadtteile überhaupt keine Anfragen und für die Innenstadt von Melle auch nur sehr vereinzelt Interessenten für leerstehende Ladenlokale gebe. Ein Grund hierfür sei die zunehmende Digitalisierung. Positiv zu vermelden sei jedoch, dass sich das Gebiet an der Mühlenstraße Richtung Bahnhof positiv entwickelt habe. Herr Lütkemeyer interessiert, ob es alleine an der durch die Digitalisierung veränderten Einkaufskultur liege oder ob auch die geforderten Mieten ein Hemmnis bei der Ansiedlung von Einzelhändlern darstellen. Hierzu erläutert Herr Grobe, dass es ein Mix aus beiden Faktoren sei. Zugute komme der Stadt, dass eine Nachfolge bei inhabergeführten Geschäften oft geregelt sei. Hier sei jedoch auch eine eher abnehmende Tendenz zu erkennen.

Herr Hunting macht auf die Nahversorgung in den Stadtteilen aufmerksam. Er sieht in diesem Bereich Handlungsbedarf und regt an, hier steuernd einzugreifen. Es sei klar, dass

eine aus der Vergangenheit gewohnte Einzelhändlerstruktur in den Stadtteilen nicht mehr die Regel darstelle, jedoch müsse sichergestellt sein, dass eine ausreichende Nahversorgung gewährleistet wird. Herr Terbeck weist darauf hin, dass dies auch maßgeblich von den vorhandenen Rahmenbedingungen abhängt. Die in Melle stark auftretende Kaufmannschaft setze hier ihren Fokus. Geänderte Bedingungen aufgrund des Onlinehandels werden aber auch in Melle deutlich spürbar, sodass es immer schwieriger für die Einzelhändler vor Ort werde. Diese stellen sich aktuell aber schon darauf ein, indem Waren sowohl gewohnt vor Ort als auch Online angeboten werden.

Für Melle-Mitte sei es aktuell sehr wichtig, den Fokus auf die Gestaltung des Marktplatzes zu legen, erklärt Herr Terbeck. Die Aufenthaltsqualität müsse hier, z.B. durch attraktive Cafés etc. gesteigert werden. Auch die Mobilität spiele in diesem Zusammenhang eine große Rolle. Hierzu ergänzt Herr Grobe, dass es aktuell zwei interessante Bewerbungen für die Räumlichkeiten am Marktplatz gebe, in dem sich vormals das chinesische Restaurant befand.

Herr Plaß interessiert sich für die Entwicklungen von handwerklichen Betrieben in der Stadt. Gefühlt gebe es hier immer weniger. Herr Kruse bestätigt diesen Eindruck. Nicht zuletzt könne man die Auswirkungen daran festmachen, dass es aktuell für Aufträge immer schwieriger sei, Angebote zu erhalten. In Melle und Umgebung gebe es ein paar Ansiedlungsfragen, erklärt Herr Grobe. Das Hauptproblem der Handwerksbetriebe liege jedoch in der Nachwuchsgewinnung, sodass es alleine deswegen zu Kapazitätsproblemen komme.

Herr Reehuis macht auf eine Entwicklung in größeren Städten aufmerksam. Immer häufiger werden freie Büroflächen für eine begrenzte Zeit als Arbeitsplatz vermietet. So könnten insbesondere vorhandene Infrastrukturen gut genutzt werden. Herr Grobe berichtet, dass diese Entwicklung für Melle noch neu und kaum vorhanden sei. Er sehe hierfür jedoch durchaus einen Markt, der in Zukunft auch für die Stadt Melle interessant sein könnte.

Herr Thöle bedankt sich für den ausführlichen Bericht und die Arbeit von Herrn Grobe. Die durch die Wirtschaftsförderung vorhandene Schnittstelle zwischen Verwaltung, Politik und Betrieben sei ungemein wichtig. Aktuell höre man immer häufiger von einer wirtschaftlichen Abschwächung und damit voraussichtlich entsprechenden Auswirkungen in der Gewerbesteuer. Hierzu interessiere ihn, ob sich diese Tendenz bereits am Interesse der Betriebe für Melle auswirke. Herr Grobe erklärt, dass er hier bis jetzt keine entsprechenden Tendenzen bei den Anfragen erkennen könne. Das Interesse einer Gewerbeansiedlung in Melle sei weiterhin rege.

Herr Spiekermann interessiert, woher die zehn bis elf Betriebe stammen, die ein Interesse am neuen Gewerbegebiet südlich der Gesmolder Straße bekundet haben. Weiterhin möchte er wissen, ob es aktuell Leerstände bei gewerblichen Hallen gebe. Herr Grobe berichtet, dass ca. die Hälfte der Interessenten direkt aus Melle kommt. Der andere Teil jedoch auch aus dem direkten Umfeld Melles, da auch hier eine zunehmende Flächenverknappung auszumachen ist. Leerstände von gewerblichen Hallen gebe es derzeit wenige und diese seien oftmals aufgrund der Bauweise auch nicht attraktiv für heutige Anforderungen von Betrieben.

Herr Terbeck berichtet von einer guten Auslastung der vorhandenen Übernachtungsbetriebe und interessiert sich dafür, ob es in diesem Sektor neue Entwicklungen gebe. Aktuell seien die Bedarfe an Zimmern in Melle abgefragt worden, erklärt Herr Grobe. Es gebe sowohl Interesse an Zimmern für z.B. Monteure in einer Preiskategorie von 30 € bis 40 € pro Nacht als auch für attraktive Hotelzimmer. Das Van der Valk Hotel sei beispielsweise eine auch überregional geschätzte Adresse für Tagungen. Ganz aktuell sei in diesem Sektor jedoch

auch eine neue Entwicklung abzusehen, die jedoch noch nicht weiter konkretisiert werden kann.

Herr Kruse bedankt sich für den ausführlichen und interessanten Bericht von Herrn Grobe. Er hofft, dass die Stellennachfolge schnell geregelt werden könne, damit eine erfolgreiche Einarbeitungszeit gewährleistet werden kann und die Wirtschaftsförderung weiterhin gut aufgestellt sei.

TOP 7 Geschäftsbericht der Solbad Melle GmbH für das Jahr 2018
Vorlage: 01/2019/0277

Anhand der beigefügten Präsentation, auf die für Details der Berichterstattung verwiesen wird, stellt Herr Illies von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft INTECON GmbH den Geschäftsbericht der Solbad Melle GmbH für das Jahr 2018 vor. Der Lagebericht zeige die wesentlichen Daten der Gesellschaft, die das Geschäftsjahr 2018 geprägt haben.

Als Ergebnis der Prüfung könne der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt werden, erklärt Herr Illies.

In seiner Sitzung am 18.09.2019 hat der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft die Angelegenheit beraten und zur Kenntnis genommen.

TOP 8 Geschäftsbericht der Wohnungsbau Grönegau GmbH für
das Jahr 2018
Vorlage: 01/2019/0279

Herr Hensiek erläutert anhand der beiliegenden Präsentation den Geschäftsbericht der Wohnungsbau Grönegau GmbH und deren Beteiligungen für das Jahr 2018.

Aufgrund der Veräußerung eines Einfamilienhauses habe sich die Gesamtwohnfläche im Jahr 2018 verringert. Die Gesamtsollmiete sei aufgrund von Mieterhöhungen gestiegen, die monatliche Durchschnittsmiete von 5,62 €/m² liege jedoch immer noch auf einem sozial verträglichem Niveau. Mit einer Leerstandsquote von lediglich 0,4 % habe man auch im Vergleich zu anderen Wohnungsbaugesellschaften ein sehr gutes Ergebnis erzielt.

Trotz des Brandes sei die Bezugsfertigkeit der Wohnungen an der Breslauer Straße nicht gefährdet. Hier seien 27 Neubauwohnungen in angemessener Qualität und Nachhaltigkeit zu bezahlbaren Konditionen entstanden. Für 18 dieser Wohnungen werde anfänglich eine Miete von 5,60 €/m² angesetzt.

Zum Jahreswechsel 2018/2019 habe die Wohnungsbau Grönegau die Projektrealisierung im Bereich der Neuen-Mitte-Nord übernommen, zu der auch der Neubau des Jugendzentrums gehöre. Hier gebe es aktuell Beratungsbedarf aufgrund der vorliegenden Planungen und Kostenschätzungen. Letztere liege deutlich über den im Haushaltsplan veranschlagten Kosten. Details hierzu werden in den zuständigen Gremien zu beraten sein. Hinzu komme die Problematik von geplanten Konzertveranstaltungen im Jugendzentrum und den damit verbundenen Schallbelastungen für die Anwohner.

Zur Baulandentwicklung erläutert Herr Hensiek, dass im Jahr 2018 insgesamt 45 Grundstücke veräußert wurden. Der aktuelle Bestand an Grundstücken im September 2019 beschränke sich im Wesentlichen nur noch auf freie Grundstücke im Stadtteil Buer.

Insgesamt sei man noch nicht in allen Stadtteilen so aufgestellt, dass man von einer Entspannung der Lage in der Baulandentwicklung sprechen könne.

Das Jahresergebnis 2018 habe sich mit 702.954,31 € Überschuss deutlich besser entwickelt als im Vorjahr. Es sei jedoch zu beachten, dass in 2017 Sondereffekte zu dem Fehlbetrag geführt haben, merkt Herr Hensiek an. Da zukünftig jedoch Margen aus der Baulandveräußerung sowie dem sozialen Wohnungsbau fehlen, müsse damit gerechnet werden, dass die Zeiten der Jahresüberschüsse vorbei sind und mit negativen Jahresergebnissen geplant werden.

Frau Tiemann möchte wissen, ob der Bedarf an kleinen Wohneinheiten weiterhin mehr nachgefragt werde als Mehrzimmerwohnungen für Familien. Herr Hensiek erklärt, dass es durchaus Nachfragen an Wohnungen mit mehreren Zimmern gebe, diese jedoch deutlich weniger ausmachen als Anfragen nach kleinen Wohneinheiten. Die Wohnungsanlage an der Breslauer Straße beinhalte jedoch ein gemischtes Wohnungsprogramm, sodass auf beide Bedarfe reagiert werden konnte. Aufgrund der höheren Nachfrage, werden Neubauten eher auf kleinere Wohneinheiten ausgelegt. In den Bestandsimmobilien gebe es jedoch auch ein Angebot von Wohnungen mit mehr Zimmern für Familien.

In seiner Sitzung am 18.09.2019 hat der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft die Angelegenheit beraten und zur Kenntnis genommen.

TOP 9 Bericht einer überörtlichen Prüfung Vergleichender Bericht - Bewirtschaftung von Schulbudgets Vorlage: 01/2019/0275

Herr Strakeljahn stellt die wesentlichen Aussagen aus dem Abschlussbericht der überörtlichen Prüfung des Landesrechnungshofes zur Bewirtschaftung von Schulbudgets vor. Das Prüfungsziel bestand darin zu ermitteln, ob die vorgefundene Praxis zur Organisation der Bewirtschaftung von Schulbudgets über den kommunalen Kernhaushalt den Anforderungen an eine sparsame und wirtschaftliche Haushaltsführung genüge. Weiterhin wurde geprüft, inwieweit Elterngelder (z.B. Kopiergelder) von den Schulen ordnungsgemäß bewirtschaftet und nachgewiesen werden sowie die gesetzlichen Vorgaben zur Prüfung und Aufsicht über die Schulbudgets beachtet und umgesetzt werden.

Vier wesentliche Aussagen aus dem Gesamtbericht werden von Herrn Strakeljahn vorgestellt. Demnach habe man mit der Schulbudgetrichtlinie sehr viel richtig gemacht. Die detaillierten Regelungsinhalte sowie die Evaluation der Budgets werden von der Prüfung ausdrücklich begrüßt. Ebenfalls positiv hervorgehoben wird die Entwicklung der Höhe der Schulbudgets. Verbesserungspotenzial werde noch bei der durch die Richtlinie vorgesehenen jährlichen Überprüfung der Barkassen in den Schulen gesehen. Hierüber befinde man sich jedoch schon in Gespräche mit dem zuständigen Amt für Familie, Bildung und Sport.

In Anbetracht des Verwaltungsaufwands, der mit der Bewirtschaftung von Kopiergeldern verbunden sei, begrüße die überörtliche Prüfung das Bestreben der Stadt Melle, zukünftig auf die Erhebung von Kopiergeldern zu verzichten. Herr Wüsthube interessiert hierzu, ob dies bereits mit allen Schulen kommuniziert sei und ob die dann entfallenden Erträge durch das vorhandene Schulbudget gedeckt sind. Herr Strakeljahn verweist hierzu auf die noch anstehenden Beratungen und Informationen im Ausschuss für Bildung und Sport.

Herr Reehuis merkt an, dass die Prüfung nicht die Ausschreibungsvorschriften für die Schulen beinhaltet habe, diese jedoch in der täglichen Schulpraxis immer wieder hohen

Hürden darstellen. Bereits ab einem Betrag von 500 € könnten keine freie Vergabe mehr erfolgen. Herr Detmer erläutert hierzu, dass es bereits Bestrebungen gebe, diesen Wert auf 1.000 € anzuheben, das Land Niedersachsen diese Neuregelung jedoch noch nicht für anwendbar erklärt habe.

In seiner Sitzung am 18.09.2019 hat der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft die Angelegenheit beraten und zur Kenntnis genommen.

**TOP 10 Projektcontrolling 2. Quartal 2019, Finanz- und Leistungscontrolling zum Stichtag 30.06.2019 - Gesamtberichte
Vorlage: 01/2019/0280**

Herr Strakeljahn stellt anhand der Vorlage und der beigefügten Präsentation die Ergebnisse aus dem Gesamtbericht zum Projektcontrolling des zweiten Quartals 2019 vor. Insgesamt gebe es im Vergleich zum Controlling des ersten Quartals eine gestiegene Zahl von Abweichungen. Dieses liege jedoch auch daran, dass Abweichungen wahrscheinlicher werden, je weiter der Controllingtermin von der Planung entfernt liege. Insgesamt befinden sich alle Projekte noch auf Erfolgskurs. Schwierigkeiten gebe es jedoch insbesondere in der Abhängigkeit von Dritten.

Herr Reehuis interessiert, warum es kritische Abweichungen im Projekt „Finanzierungsrichtlinie für Kindertagesstätten“ gebe. Diese hängen insbesondere mit den knappen personellen Ressourcen zusammen, erklärt Herr Strakeljahn. Details zu den einzelnen Projekten werden jedoch in den zuständigen Fachausschüssen beraten.

Zum Finanz- und Leistungscontrollingbericht sei insbesondere auf die Prognosen zur Investitionstätigkeit verwiesen, stellt Herr Strakeljahn dar. Die Gesamtauszahlungsermächtigung, d.h. inkl. der gebildeten Haushaltsreste in Höhe von 17,21 Mio. €, beträgt 41,57 Mio. €. Als Vergleich sei darauf verwiesen, dass im Jahr 2018 12,19 Mio. € an Auszahlungen für Investitionstätigkeit umgesetzt werden konnten. Die Prognose der Produktverantwortlichen geht von einer Umsetzung von 26,39 Mio. € in 2019 aus. Hieran sehe man, dass schon dieser Wert sehr hoch erscheint, besonders im Vergleich zum Jahresergebnis 2018.

Sollten sich die Prognosen bewahrheiten, würden wiederum potenziell 15,17 Mio. € an Haushaltsresten für das Jahr 2020 gebildet werden können. Vor diesem Hintergrund sei noch einmal auf die unter dem Bericht der Verwaltung vorgestellten Aussagen der Kommunalaufsicht zur Genehmigung des I. Nachtrages 2019/2020 verwiesen. Es müsse bei zukünftigen Planungen eine Fokussierung auf den Grundsatz der Haushaltswahrheit und in dem Zusammenhang auf eine periodengerechte Planung gelegt werden, merkt Herr Strakeljahn an.

Zur Finanzierungstätigkeit führt Herr Strakeljahn aus, dass aktuell prognostiziert werde, dass im Jahr 2019 noch Investitionskredite in Höhe von 1,35 Mio. € aufgenommen würden. Dieses entspreche der Ermächtigung aus dem Haushaltsjahr 2018, die durch die bereits wirksame Satzung des Haushaltes 2020 ansonsten rechtlich am 01.01.2020 verfallen würde.

In diesem Zusammenhang und vor dem Hintergrund der aktuellen Zinsentwicklungen interessiert Herr Reehuis, inwieweit der aktuelle Bestand an Haushaltsresten mit Liquidität hinterlegt sei und ob man durch den hohen Kassenbestand Gefahr laufe, Zinsen bezahlen zu müssen. Herr Strakeljahn erklärt, dass man mit dem Jahresabschluss 2018 einen Bestand von liquiden Mitteln in Höhe von 21,5 Mio. € ausgewiesen habe. Hiermit seien unter

Hinzuziehung der Kreditermächtigungen sowohl die Haushaltsreste als auch die Rückstellungen ausfinanziert. Auch nach den neuen Entwicklungen bestehe aktuell jedoch noch nicht die Gefahr, dass die Stadt Melle Negativzinsen auf den Liquiditätsbestand zahlen müsse.

Herr Hensiek macht deutlich, dass die dargestellten Entwicklungen in der Höhe der Auszahlungsermächtigungen bei den Investitionen und der damit in Zusammenhang stehenden Höhe der Haushaltsrest durchaus Sorgen bereite. Insbesondere vor dem Hintergrund der anstehenden Haushaltsplanungen im Vorfeld der Kommunalwahl im Jahr 2021 müsse dies im Hinterkopf behalten werden. Es sei nicht im Sinne einer rechtlich vorgeschriebenen Haushaltswahrheit, wenn immer mehr Maßnahmen in die Planungen eingestellt würden, diese letztlich aber nicht periodengerecht umgesetzt werden können. In diesem Zusammenhang gelte es in der nächsten Zeit auch zu diskutieren und festzulegen, ob man im nächsten Jahr wieder einen Doppel- oder Einjahreshaushalt plane.

In seiner Sitzung am 18.09.2019 hat der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft die Angelegenheit beraten und zur Kenntnis genommen.

**TOP 11 Projektcontrolling 2. Quartal 2019 und unterjähriger Controllingbericht für den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft zum Stichtag 30.06.2019
Vorlage: 01/2019/0281**

Herr Strakeljahn stellt anhand der beigefügten Präsentation die Ergebnisse des Projektcontrollings sowie des unterjährigen Finanz- und Leistungscontrollings für den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses dar.

Weiterhin wird von der Verwaltung vorgeschlagen, die Controllingtermine vom 30.06. auf den 31.05. sowie vom 31.12. auf den 31.10 eines Jahres vorzuziehen. Dieses sei vorteilhaft, um noch frühzeitiger auf die jeweils aktuellen Entwicklungen zu schauen und ggf. über Nachsteuerungsempfehlungen zu einer plangerechteren Umsetzung zu kommen. Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft begrüßt diese Änderung der Controllingtermine.

In seiner Sitzung am 18.09.2019 hat der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft die Angelegenheit beraten und zur Kenntnis genommen.

TOP 12 Wünsche und Anregungen

Es werden keine Wünsche oder Anregungen vorgetragen.

10.10.2019
gez. Kruse
Vorsitzende/r

10.10.2019
gez. Hensiek
Verw. Vorstand

10.10.2019
gez. Brockmeyer
Protokollführer/in